

Öffentlicher Dienst: Befristungswahn und Schlechterstellung des Ostens endlich beenden!

Ergebnisse im Einzelnen:

- Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist die Anzahl **aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst** zwischen 2009 und 2019 um 7,4 Prozent auf 4.885.000 gestiegen. [Siehe Tabellen zu Frage 1]
- Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist die Anzahl der **Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes** zwischen 2009 und 2019 um 6,0 Prozent auf 502.000 gesunken. [Siehe Tabellen zu Frage 1]
 - Die Anzahl der **Vollzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes** ist zwischen 2009 und 2019 um 4,7 Prozent auf 444.000 gesunken.
 - Damit waren im Jahr 2019 88,3 Prozent aller öffentlich Beschäftigten im Bund vollzeitbeschäftigt.
 - Davon waren im gleichen Jahr 344.000 oder 77,3 Prozent Männer, 101.000 oder 22,7 Prozent davon Frauen.
 - Die Anzahl der **Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes** ist zwischen 2009 und 2019 um 15,0 Prozent auf 58.000 gesunken.
 - Davon waren 13.000 oder 21,6 Prozent Männer, 45.000 oder 78,4 Prozent waren Frauen.
 - Die Anzahl der **Beamt/innen** (inkl. Richter/innen) **im öffentlichen Dienst des Bundes** ist zwischen 2009 und 2019 um 0,9 Prozent auf 185.000 angestiegen.
 - Die Anzahl der vollzeitbeschäftigten Beamt/innen im Bund ist zwischen 2009 und 2019 um 1,5 Prozent auf 159.000 angestiegen.
 - Damit waren im Jahr 2019 85,7 Prozent aller Beamt/innen und Richter/innen im Bund vollzeitbeschäftigt.
 - Davon waren im gleichen Jahr 122.000 oder 76,6 Prozent Männer, 37.000 oder 23,4 Prozent davon Frauen.
 - Die Anzahl der teilzeitbeschäftigten Beamt/innen im Bund ist zwischen 2009 und 2019 um 1,6 Prozent auf 26.000 gesunken.
 - Davon waren 6.800 oder 25,8 Prozent Männer. 19.500 oder 74,2 Prozent waren Frauen.
 - Die Anzahl der **Soldat/innen** ist zwischen 2009 und 2019 um 7,8 Prozent auf 171.000 gesunken.
 - Die Anzahl der Soldat/innen in Vollzeit ist zwischen 2009 und 2019 um 8,8 Prozent auf 168.000 gesunken.
 - Davon waren 151.000 oder 89,8 Prozent Männer, 17.000 oder 10,2 Prozent Frauen.
 - Die Anzahl der teilzeitbeschäftigten Soldat/innen ist von 2009 bis 2019 um 550 Prozent auf 2.200 angestiegen.
 - Davon waren im Jahr 2019 400 oder 18,2 Prozent Männer und 1.800 oder 81,8 Prozent Frauen.
 - Die Anzahl der **Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst des Bundes** ist zwischen 2009 und 2019 um 11,6 Prozent auf 146.000 gesunken.

- Die Anzahl der Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst des Bundes in Vollzeit ist zwischen 2009 und 2019 um 6,2 Prozent auf 117.000 gesunken.
 - Davon waren 71.000 oder 60,3 Prozent Männer und 47.000 oder 39,7 Prozent Frauen.
 - Die Anzahl der Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst des Bundes in Teilzeit ist zwischen 2009 und 2019 um 28,1 Prozent auf 29.000 gesunken.
 - Davon waren 5.400 oder 18,6 Prozent Männer und 24.000 oder 81,4 Prozent Frauen.
- Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist die **Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder** zwischen 2009 und 2019 um 7,7 Prozent auf 2.461.000 gewachsen. [Siehe Tabellen zu Frage 1]
 - Die Anzahl der **Vollzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder** ist zwischen 2009 und 2019 um 7,3 Prozent auf 1.657.000 gestiegen.
 - Damit waren im Jahr 2019 67,3 Prozent aller öffentlich Beschäftigten der Länder vollzeitbeschäftigt.
 - Davon waren im gleichen Jahr 874.000 oder 52,7 Prozent Männer, 784.000 oder 47,3 Prozent davon Frauen.
 - Die Anzahl der **Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder** ist zwischen 2009 und 2019 um 11,3 Prozent auf 803.000 gestiegen.
 - Davon waren 157.000 oder 19,5 Prozent Männer, 647.000 oder 80,5 Prozent waren Frauen.
 - Die Anzahl der **Beamten/innen im öffentlichen Dienst der Länder** ist zwischen 2009 und 2019 um 2,6 Prozent auf 1.302.000 angestiegen.
 - Die Anzahl der Beamten/innen im öffentlichen Dienst der Länder in Vollzeit ist zwischen 2009 und 2019 um 1,9 Prozent auf 959.000 angestiegen.
 - Davon waren 537.000 oder 56,0 Prozent Männer und 423.000 oder 44,0 Prozent Frauen.
 - Die Anzahl der Beamten/innen im öffentlichen Dienst der Länder in Teilzeit ist zwischen 2009 und 2019 um 4,6 Prozent auf 343.000 angestiegen.
 - Davon waren 41.500 oder 12,1 Prozent Männer, 302.000 oder 87,9 Prozent waren Frauen.
 - Die Anzahl der **Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst der Länder** ist zwischen 2009 und 2019 um 14,1 Prozent auf 1.159.000 angestiegen.
 - Die Anzahl der Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst der Länder in Vollzeit ist zwischen 2009 und 2019 um 12,5 Prozent auf 699.000 angestiegen.
 - Davon waren 338.000 oder 48,4 Prozent Männer und 361.000 oder 51,6 Prozent Frauen.
 - Die Anzahl der Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst der Länder in Teilzeit ist zwischen 2009 und 2019 um 16,8 Prozent auf 460.000 gestiegen.
 - Davon waren 115.000 oder 25,0 Prozent Männer und 345.000 oder 75,0 Prozent Frau.
- Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist die Anzahl der **Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen** zwischen 2009 und 2019 um 15,2 Prozent auf 1.556.000 gewachsen. [Siehe Tabellen zu Frage 1]
 - Die Anzahl der **Vollzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen** ist zwischen 2009 und 2019 um 12,1 Prozent auf 936.000 gestiegen.
 - Davon waren 521.000 oder 55,6 Prozent Männer und 415.000 oder 44,4 Prozent Frauen.

- Damit waren 60,2 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen vollzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der **Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen** ist zwischen 2009 und 2019 um 20,3 Prozent auf 621.000 gestiegen.
 - Davon waren 63.000 oder 10,9 Prozent Männer und 514.000 oder 89,1 Prozent Frauen.
 - Damit waren 39,2 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen teilzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der **Beamten/innen im öffentlichen Dienst der Kommunen** ist zwischen 2009 und 2019 um 1,2 Prozent auf 188.000 angestiegen.
 - Die Anzahl der Beamten/innen im öffentlichen Dienst der Kommunen in Vollzeit ist zwischen 2009 und 2019 um 1,8 Prozent auf 144.000 gesunken.
 - Davon waren 97.000 oder 67,3 Prozent Männer und 47.000 oder 32,7 Prozent Frauen.
 - Die Anzahl der Beamten/innen im öffentlichen Dienst der Kommunen in Teilzeit ist zwischen 2009 und 2019 um 12,0 Prozent auf 44.000 angestiegen.
 - Davon waren 6.600 oder 15,1 Prozent Männer und 37.000 oder 84,9 Prozent Frauen.
 - Die Anzahl der **Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst der Kommunen** ist zwischen 2009 und 2019 um 17,5 Prozent auf 1.369.000 angestiegen.
 - Die Anzahl der Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst der Kommunen in Vollzeit ist zwischen 2009 und 2019 um 15,1 Prozent auf 792.000 angestiegen.
 - Davon waren 424.000 oder 53,1 Prozent Männer und 368.000 oder 46,9 Prozent Frauen.
 - Damit waren
 - Die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen ist zwischen 2009 und 2019 um 21,0 Prozent auf 577.000 gestiegen.
 - Davon waren 63.000 oder 10,9 Prozent Männer und 514.000 oder 89,1 Prozent Frauen.
- Die Anzahl der **öffentlich Beschäftigten in den neuen Bundesländern** ist zwischen 2009 und 2019 um 1,7 Prozent auf 706.000 gesunken. [Siehe Tabellen zu Frage 1]
 - Die Anzahl der öffentlich Beschäftigten im Bund in den neuen Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 1,2 Prozent auf 67.000 gesunken.
 - Davon waren 149.000 oder 83,9 Prozent vollzeitbeschäftigt und 29.000 oder 16,1 Prozent teilzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der öffentlich Beschäftigten der Länder in den neuen Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 2,8 Prozent auf 344.000 gesunken.
 - Davon waren 253.000 oder 73,3 Prozent vollzeitbeschäftigt und 92.000 oder 26,7 Prozent teilzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der öffentlich Beschäftigten der Kommunen in den neuen Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 3,9 Prozent auf 237.000 angestiegen.
 - Davon waren 138.000 oder 58,2 Prozent vollzeitbeschäftigt und 99.000 oder 41,8 Prozent teilzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst in den neuen Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 4,0 Prozent auf 500.000 gesunken.

- Davon waren 309.000 oder 61,9 Prozent vollzeitbeschäftigt und 190.000 oder 38,1 Prozent teilzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der Beamt/innen in den neuen Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 3,5 Prozent auf 178.000 angestiegen.
 - Davon waren 149.000 oder 83,9 Prozent vollzeitbeschäftigt und 29.000 oder 16,1 Prozent teilzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der Soldat/innen in den neuen Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 6,4 Prozent auf 28.000 angestiegen.
 - Davon waren 28.000 oder 98,2 Prozent vollzeitbeschäftigt und 400 oder 1,8 Prozent teilzeitbeschäftigt.
- Die Anzahl der **öffentlich Beschäftigten in den alten Bundesländern** (inkl. Berlin und Ausland) ist zwischen 2009 und 2019 um 9,1 Prozent auf 4.179.000 gestiegen. [Siehe Tabellen zu Frage 1]
 - Die Anzahl der öffentlich Beschäftigten im Bund in den alten Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 6,7 Prozent auf 435.000 gesunken.
 - Davon waren 383.000 oder 88,1 Prozent vollzeitbeschäftigt und 52.000 oder 11,9 Prozent teilzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der öffentlich Beschäftigten der Länder in den alten Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 9,7 Prozent auf 2.116.000 gesunken.
 - Davon waren 1.405.000 oder 66,4 Prozent vollzeitbeschäftigt und 711.000 oder 33,6 Prozent teilzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der öffentlich Beschäftigten der Kommunen in den alten Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 17,6 Prozent auf 1.320.000 angestiegen.
 - Davon waren 798.000 oder 60,4 Prozent vollzeitbeschäftigt und 522.000 oder 39,6 Prozent teilzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst in den alten Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 15,8 Prozent auf 2.512.000 angestiegen.
 - Davon waren 1.513.000 oder 60,2 Prozent vollzeitbeschäftigt und 999.000 oder 39,8 Prozent teilzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der Beamt/innen in den alten Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 1,5 Prozent auf 1.525.000 angestiegen.
 - Davon waren 1.129.000 oder 74,0 Prozent vollzeitbeschäftigt und 396.000 oder 26,0 Prozent teilzeitbeschäftigt.
 - Die Anzahl der Soldat/innen in den alten Bundesländern ist zwischen 2009 und 2019 um 10,2 Prozent auf 142.000 gesunken.
 - Davon waren 141.000 oder 98,8 Prozent vollzeitbeschäftigt und 1.700 oder 1,2 Prozent teilzeitbeschäftigt.
- Laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ist die Anzahl der **Minijobber/innen** im Wirtschaftszweig O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung) zwischen 2009 und 2019 um 5,4 Prozent auf 121.000 angestiegen. Im Jahr 2019 entsprach das ein Minijobber/innenanteil von 6,2 Prozent (im Jahr 2009 war der Anteil noch 6,4 Prozent). [Siehe Tabellen auf Seiten 18-21]
 - Davon waren im Jahr 2019 81.000 ausschließlich geringfügig beschäftigt.

- Laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ist das **mittlere Bruttomonatsentgelt** von Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe im Wirtschaftszweig O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung) zwischen Ende 2009 und Ende 2019 nominal um 26,9 Prozent auf 3.815 Euro angestiegen. [Siehe Tabellen zu Fragen 2 und 3]
 - Verrechnet mit der Inflation (14,1 Prozent in dem Zeitraum) entspricht dies einem **realen Anstieg** von 11,2 Prozent oder durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr. (Eigene Berechnung nach Inflationszahlen des Statistischen Bundesamtes. Dies gilt für alle weitere Inflationskorrekturen.)¹
 - Damit ist der mittlere Bruttomonatsentgelt im Wirtschaftszweig O damit marginal langsamer gestiegen als in der Gesamtwirtschaft, das im gleichen Zeitraum um 27,2 Prozent (Real um 11,5 Prozent) anstieg.
 - Damit lag das mittlere Bruttomonatsentgelt von Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe im **Wirtschaftszweig O** am Ende des Jahres 2019 13,7 Prozent höher als das mittlere Bruttomonatsentgelt von Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe in der **Privatwirtschaft** (3.355 Euro) und 4,0 Prozent höher als das mittlere Bruttomonatsentgelt von Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe im **produzierenden Gewerbe** (3.668 Euro).
 - Das mittlere Bruttomonatsentgelt von **männlichen Vollzeitbeschäftigten** der Kerngruppe im Wirtschaftszweig O lag Ende 2019 mit 3.909 Euro 4,7 Prozent oder 176 Euro über das mittlere Bruttomonatsentgelt von **weiblichen Vollzeitbeschäftigten** der Kerngruppe im Wirtschaftszweig O.
 - In den **alten Bundesländern** lag das mittlere Bruttomonatsentgelt von Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe im Wirtschaftszweig O am Ende des Jahres 2019 (3.847 Euro) 188 Euro oder 5,1 Prozent höher als das mittlere Bruttomonatsentgelt von Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe im Wirtschaftszweig O in den **neuen Bundesländern** (3.659 Euro). Im Jahr 2019 lag das Lohngefälle zwischen West (3.055 Euro) und neuen Bundesländern (2.867 Euro) genau wie im Jahr 2009 bei 188 Euro (damals 6,5 Prozent).
 - In NRW (4.028 Euro), Hamburg (4.012 Euro) und Hessen (3.975 Euro) war das mittlere Bruttomonatsentgelt von Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe im Wirtschaftszweig O Ende des Jahres 2019 am höchsten. In Thüringen (3.523 Euro), Mecklenburg-Vorpommern (3.556 Euro) und Sachsen-Anhalt (3.586 Euro) war es am niedrigsten.

- Die Anzahl der **sozialversicherungspflichtigen Aufstocker/innen** im Wirtschaftszweig O ist zwischen 2009 und 2019 um 33 Prozent auf 8.400 (davon 1.100 Vollzeitbeschäftigten) gesunken.
 - Damit betrug die Aufstocker/innenquote unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wirtschaftszweig O im Jahr 2019 0,5 Prozent.

- Die Anzahl der **Aufstocker/innen im Minijob** ist zwischen 2009 und 2019 um 37,2 Prozent auf 2.500 gesunken.
 - Damit betrug die Aufstocker/innenquote unter den Minijobber/innen im Wirtschaftszweig O im Jahr 2019 4,5 Prozent.
 - In Brandenburg (21,5 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (21,0 Prozent) und Sachsen-Anhalt (20,6 Prozent) lag die Aufstocker/innenquote unter den Minijobber/innen im Wirtschaftszweig O im Jahr 2019 besonders hoch. In Hamburg

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/5851/umfrage/prognose-zur-entwicklung-der-inflationsrate-in-deutschland/>

(1,8 Prozent), Bayern (1,9 Prozent) und Baden-Württemberg (1,9 Prozent) lag es besonders niedrig.

- Laut Zahlen des IAB-Betriebspanels ist die **Anzahl befristeter Beschäftigungsverhältnissen** im öffentlichen Dienst zwischen 2010 und 2019 um 17,4 Prozent auf 284.000 gesunken. [Siehe Tabellen zu Frage 7 und beachte die Hinweise zur Datenerfassung des IAB-Betriebspanels]
 - Davon waren im Jahr 2019 61,3 Prozent oder 174.000 Frauen und 109.000 oder 38,7 Prozent Männer.
 - Im Jahr 2019 waren 86.000 öffentlich Beschäftigten ohne Sachgrund, 124.000 mit Sachgrund befristet.
 - In den **alten Bundesländern** waren 230.000 öffentlich Beschäftigten befristet eingestellt.
 - Davon waren im Jahr 2019 62,2 Prozent oder 143.000 Frauen und 87.000 oder 37,8 Prozent Männer.
 - 69.000 waren ohne Sachgrund, 103.000 mit Sachgrund befristet.
 - In den **neuen Bundesländern** waren 54.000 öffentlich Beschäftigten befristet eingestellt.
 - Davon waren im Jahr 2019 57,4 Prozent oder 31.000 Frauen und 23.000 oder 42,6 Prozent Männer.
 - 16.000 waren ohne Sachgrund, 21.000 mit Sachgrund befristet.

- Laut Zahlen des IAB-Betriebspanels ist der Anteil **befristeter Beschäftigungsverhältnissen** im öffentlichen Dienst zwischen 2010 und 2019 um 2,2 Prozentpunkte auf 6,9 Prozent gesunken. [Siehe Tabellen zu Frage 7 und beachte die Hinweise zur Datenerfassung des IAB-Betriebspanels]
 - Damit lag der Befristungsanteil im Jahr 2019 im öffentlichen Dienst um 0,6 Prozentpunkte höher als in der Privatwirtschaft (6,3 Prozent)
 - Der Befristungsanteil lag im gleichen Jahr bei den weiblichen öffentlich Beschäftigten mit 7,3 Prozent um 1,0 Prozentpunkt höher als bei den männlichen öffentlich Beschäftigten (6,3 Prozent).

- Laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ist die **Anzahl der befristeten Neueinstellungen** in der Kerngruppe im öffentlichen Dienst zwischen 2013 und 2019 um 5,2 Prozent auf 115.000 angestiegen. [Siehe Tabellen zu Frage 8]
 - Davon waren im Jahr 2019 43.000 Männer. 49,2 Prozent aller neu eingestellten Männer in der Kerngruppe im öffentlichen Dienst wurden befristet eingestellt. Im gleichen Jahr waren davon 72.000 Frauen. 48,6 Prozent aller neu eingestellten Frauen in der Kerngruppe im Öffentlichen Dienst wurden befristet eingestellt.

- Laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ist der **Anteil der befristeten Neueinstellungen** an allen Neueinstellungen in der Kerngruppe im öffentlichen Dienst zwischen 2013 und 2019 um 14,2 Prozentpunkten auf 48,8 Prozent gesunken. [Siehe Tabellen zu Frage 8]
 - In den anderen Wirtschaftszweigen ist die Befristungsquote bei den Neueinstellungen in der Kerngruppe im gleichen Zeitraum um 1,9 Prozentpunkten auf 40,6 Prozent gesunken. Die Befristungsquote bei den Neueinstellungen lag damit im Öffentlichen Dienst im Jahr 2019 um 8,2 Prozentpunkte höher als im Rest der Wirtschaft.

- Die Befristungsquote bei den Neueinstellungen in der Kerngruppe im Öffentlichen Dienst lag im Saarland (69,6 Prozent), in Hessen (58,3 Prozent) und in Hamburg (54,4 Prozent) am höchsten. In Bremen (39,0 Prozent), Baden-Württemberg (41,8 Prozent) und in Schleswig-Holstein (42,5 Prozent) lag sie am niedrigsten.
- Laut Zahlen des IAB-Betriebspanels ist der Anteil der **Übernahmen in unbefristete Beschäftigung** im öffentlichen Dienst zwischen 2010 und 2019 um 7,6 Prozentpunkte auf 34,2 Prozent angestiegen. [Siehe Tabellen zu Frage 8 ab Seite 123]
 - Damit lag die Übernahmequote im Jahr 2019 um 11,6 Prozentpunkten niedriger als in der Privatwirtschaft (45,8 Prozent).
 - In den **neuen Bundesländern** lag die Übernahmequote im Jahr 2019 bei 30,8 Prozent und damit 16,5 Prozentpunkte niedriger als in der Privatwirtschaft in den neuen Ländern. In den **alten Bundesländern** lag die Übernahmequote im gleichen Jahr mit 35,7 Prozent wesentlich höher als in den Neuen, jedoch 10,9 Prozentpunkte niedriger als in der Privatwirtschaft in den alten Bundesländern.
 - Die Anzahl der Übernahmen in unbefristete Beschäftigung ist im öffentlichen Dienst zwischen 2010 und 2019 um 72,2 Prozent auf 31.000 angestiegen.
 - Davon waren 22.000 oder 71,0 Prozent Frauen, 9.000 oder 29,0 Prozent waren Männer.
 - Die Anzahl der Übernahmen aus sachgrundlosen Befristungen lag im öffentlichen Dienst im Jahr 2019 bei 15.000.
 - Die Übernahmequote lag im selben Jahr bei den sachgrundlosen Befristungen im öffentlichen Dienst bei 49,8 Prozent. Damit lag die Übernahmequote 26,0 Prozentpunkte niedriger als in der Privatwirtschaft.
- Laut IAB-Arbeitszeitrechnung ist die durchschnittliche tarifliche beziehungsweise **betriebsübliche Wochenarbeitszeit** im Wirtschaftszweig O zwischen 2010 und 2019 um 0,8 Wochenstunden auf 34,0 Stunden gewachsen. [Siehe Tabellen zu Frage 10]
 - Die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst blieb mit 40,0 Stunden unverändert.
 - Die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst stieg um 1,9 Wochenstunden auf 20,9 Stunden.
- Laut IAB-Arbeitszeitrechnung ist die tarifliche beziehungsweise **betriebsübliche Wochenarbeitszeit** im Wirtschaftszweig O in den **alten Bundesländern** (ohne Berlin) zwischen 2010 und 2019 um 0,7 Wochenstunden auf 33,7 Stunden gewachsen. [Siehe Tabellen zu Frage 10]
 - Die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit von **Vollzeitbeschäftigten** im öffentlichen Dienst in den alten Bundesländern blieb mit 40,1 Stunden unverändert.
 - Die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit der **Teilzeitbeschäftigten** im öffentlichen Dienst stieg um 1,6 Wochenstunden auf 20,2 Stunden.
- Laut IAB-Arbeitszeitrechnung ist die durchschnittliche tarifliche beziehungsweise **betriebsübliche Wochenarbeitszeit** im Wirtschaftszweig O in den **neuen Bundesländern** (ohne Berlin) zwischen 2010 und 2019 um 1,0 Wochenstunden auf 35,0 Stunden gewachsen. [Siehe Tabellen zu Frage 10]
 - Damit lag sie in den neuen Bundesländern im Jahr 2019 um 1,3 Wochenstunden höher als in den alten.

- Die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit von **Vollzeitbeschäftigten** im öffentlichen Dienst blieb in den neuen Bundesländern mit 39,7 Stunden unverändert.
 - Damit lag sie in den neuen Bundesländern im Jahr 2019 um 0,4 Wochenstunden niedriger als in den alten.
- Die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit der **Teilzeitbeschäftigten** im öffentlichen Dienst stieg in den neuen Bundesländern um 1,4 Wochenstunden auf 23,6 Stunden.
 - Damit lag sie in den neuen Bundesländern im Jahr 2019 um 3,4 Wochenstunden höher als in den alten.
- Laut IAB-Arbeitszeitrechnung ist die durchschnittliche tarifliche beziehungsweise **betriebsübliche Jahresarbeitszeit** im Wirtschaftszweig O zwischen 2010 und 2019 um 21,7 Jahresstunden auf 1.991 Stunden angewachsen. [Siehe Tabellen zu Frage 10]
 - In den neuen Bundesländern (1.745) lag sie im Jahr 2019 um 69 Jahresstunden höher als in den alten Bundesländern ohne Berlin (1.676). Damit ist die Differenz zwischen Ost und West seit 2009 um 15,0 Prozent angestiegen (60 Jahresstunden).
 - Die normalerweise geleistete Jahresarbeitszeit von **Vollzeitbeschäftigten** im öffentlichen Dienst ist in den neuen Bundesländern mit 25,2 Jahresstunden auf 1.978 gesunken. In den alten Bundesländern ist sie um 20,8 Jahresstunden auf 1.995 gesunken.
 - Die Differenz zwischen Ost und West ist damit von 12,4 auf 17 Jahresstunden angestiegen.
 - Die normalerweise geleistete Jahresarbeitszeit der **Teilzeitbeschäftigten** im öffentlichen Dienst stieg in den neuen Bundesländern um 59,2 Jahresstunden auf 1.178 Stunden. In den neuen Bundesländern ohne Berlin ist sie um 69,4 Jahresstunden auf 1.006 angestiegen.
 - Damit ist die Differenz zwischen Ost und West seit 2009 um 5,4 Prozent auf 172 Jahresstunden gesunken.
- Laut Zahlen des Gesundheitsförderungsberichts 2018 sind die **krankheitsbedingten Fehltage pro Beschäftigtem in Bundesressorts** mit ihren nachgeordneten Geschäftsbereichen zwischen 2009 und 2018 um 3,3 Tage im Jahr auf 21,4 angestiegen. [Siehe Tabellen zu Frage 12]
 - Das entspricht einem Fehlzeitanteil von 8,5 Prozent (hoch von 7,1 Prozent)
 - Bei den Frauen ist die Anzahl der Fehltage zwischen 2009 und 2018 um 3,7 Tage auf 22,9 angestiegen. Bei den Männern ist die Anzahl um 3,0 Stunden im gleichen Zeitraum auf 20,4 angestiegen.
 - Im Einfachen Dienst belief sich die durchschnittliche Anzahl der Fehltage im Jahr 2018 32,2. Das ist dreimal so hoch wie im Höheren Dienst (10,7), fast zweimal so hoch wie im Gehobenen Dienst (18,32) und auch deutlich höher als im Mittleren Dienst (26,25).
- Laut vorläufigen Auswertungen der Leistungsstatistik SGB III der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Anzahl der Beschäftigten im Wirtschaftszweig Abschnitt O, für die im Jahr 2020 Kurzarbeit angezeigt worden ist, im Vergleich zur Privatwirtschaft wie folgt entwickelt:

Anzahl Beschäftigte in Kurzarbeit-Anzeigen	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Wirtschaftszweig O	-	-	1.917	17.404	21.414	5.853	961
Privatwirtschaft	45.092	42.206	2.636.678	8.004.182	1.120.600	382.743	189.211

- Verrechnet mit der Anzahl der Beschäftigten im Wirtschaftszweig O und der Privatwirtschaft für das Jahr 2019 [Siehe Tabellen zu Frage 6] ergeben sich folgende Beschäftigtenanteile, für die Kurzarbeit angezeigt worden ist:

Anteil Beschäftigte in Kurzarbeit-Anzeigen	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Wirtschaftszweig O	0,0%	0,0%	0,10%	0,95%	1,17%	0,32%	0,05%
Privatwirtschaft	0,14%	0,14%	8,45%	25,67%	3,59%	1,23%	0,61%

